



**uster**

Gemeinderat

## **Protokoll**

**8. Sitzung des Gemeinderates  
Montag, 4. Dezember 2006, 19:00 Uhr,  
Gemeinderatssaal**

### **TRAKTANDEN**

- 1 Investitionen des Voranschlages 2007
- 2 Festsetzung des Steuerfusses
- 3 Laufende Rechnung 2007
- 4 Antrag des Stadtrates betreffend der Bewilligung eines Kredites für die Deckung des zusätzlichen Platzbedarfes der Stadtverwaltung (Antrag Nr. 50)

## **Präsenz**

Vorsitz	Harry Kohler, Präsident
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	36 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Verwaltung	Thomas Kuoni, Abteilungsleiter Finanzen
Entschuldigt	
Unentschuldigt:	
Verspätet:	Tobias Deininger Esther Rickenbacher Sabine Wettstein
Presse	Christian Brändli, AvU Christina Neuhaus, NZZ Frank von Niederhäusern, SDA Eduard Gautschi, TA

Der Präsident begrüsst die Zuschauer auf der Tribüne.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

## **Änderung Traktandenliste/Tagesordnung**

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

## **Protokollgenehmigung**

Die Protokolle der 7. und 8. Sitzung des Gemeinderates (vom 27. November und 4. Dezember 2006 werden an der kommenden Gemeinderatssitzung im Februar 2007 abgenommen.

## **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen:**

**Thomas Wüthrich** gibt eine persönliche Erklärung ab:

Freiwilliger Proporz

Seltsame Geschichten sind aus dem Bezirk Uster zu vernehmen, wenn es um die Besetzung von zwei Teilamtsstellen am Bezirksgericht geht. Seltsam vor allem, dass sich die kleine EVP aus dem System des Freiwilligen Proporz verabschiedet hat. Mit ihrer Nomination für eine Teilamtsstelle stellt sie ein System in Frage, das während Jahren gut funktioniert hat und gerade auch Kleinparteien die Chance gibt, Ämter auf Bezirksebene zu erhalten. Die EVP weigert sich die aufgrund der Wähleranteile bemessenen „Ansprüche“ der Grünen und der SVP auf die beiden Ämter anzuerkennen. Sie verursacht damit einen Wahlkampf und die Durchführung einer Abstimmung. Eine stille Wahl unter entsprechender Schonung menschlicher und finanzieller Ressourcen ist nicht mehr möglich.

Hier im Rat spielt die Bezirksebene allerdings nur eine marginale Rolle. Aber die EVP Uster muss sich angesichts dieser Vorfälle Fragen gefallen lassen:

- Gedenkt Sie diesen Stil auch auf kommunaler Ebene fortzuführen.
- Sollen in Zukunft bei Wahlen und Ersatzwahlen in die Primar- und Oberstufenschulpflege, die Sozialbehörde Kampfwahlen stattfinden?
- Müssen alle anderen Parteien damit rechnen, dass die EVP in Zukunft ihre Zustimmung zu Nominierungen der IPK verweigert?
- Ist die EVP also der Ansicht, dass eine IPK ein überflüssiges Gremium ist?

Wir Grünen – und ich denke wohl auch alle anderen Parteien – hoffen dies nicht. Es wäre ein Absage eine demokratische Ausmarchung für die Besetzung von Behördenämtern. Und allen Parteien würde die Suche nach KandidatInnen für die verschiedenen Behörden noch schwerer gemacht, wenn die angefragten Personen davon ausgehen können, dass sie in eine Kampfwahl geschickt werden.

Noch hat die EVP Uster Zeit, hier ein deutliches Bekenntnis zur Institution IPK abzugeben. Dies in dem sie darauf hinwirkt, dass ihr Ustermer Kandidat für das Teilrichteramt seine Kandidatur zurückzieht.

Noch eine kleine Klarstellung, damit keine Verwechslungen mehr geschehen:

- Ja, die von den Grünen nominierte Kathrin Agosti ist eingeschriebenes SP-Mitglied.
- Nein, diese Nomination wurde mit der SP nicht abgesprochen, die SP war über das Vorgehen der Grünen nicht informiert.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Thomas Wüthrich

**Reto Dettli** ergreift namens der SP-Fraktion das Wort:

Fraktionserklärung der Sozialdemokratischen Partei  
Herr Präsident, meine Damen und Herren

Eine lange Gemeinderatssitzung wie am vergangenen Montag hat nicht nur Auswirkungen auf uns. Auch die Pressevertretungen waren hart gefordert und mussten noch innert Kürze in der Nacht ihre

Zeitungsartikel verfassen. Wenn wir eine hochwertige Berichterstattung aus dem Gemeinderat wünschen, dann müssen wir der Presse auch genügend Zeit einräumen. Dies wäre mit ein Grund, zukünftig um 22 Uhr abzuschliessen oder nur weiterzumachen, wenn der Abschluss der Sitzung absehbar ist.

So war in der Presseberichterstattung nicht ersichtlich, dass unser Fraktionsmitglied Regula Trüeb in der letzten Ratssitzung als Kommissionssprecherin die Meinung der Kommission vertreten hat und die Kommission die Musikschule Uster Greifensee hart kritisiert - nicht Regula Trüeb selbst. Sie wurde aufgrund dieses Missverständnisses in letzter Zeit von verschiedener Seite derart heftig kritisiert, dass sich die sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion veranlasst sieht folgende drei Punkte festzuhalten:

- 1. Wir werden uns wie bisher für einen hochwertigen Musikunterricht für unsere Kinder und Jugendlichen in Uster einsetzen.** Es ist unbestritten, dass Musik einen positiven Einfluss auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hat. Gerade in der heutigen Zeit ist es besonders wichtig, Kindern einen Einblick in eine Welt fern von Action und Elektronik zu vermitteln.
- 2. Die SP ist ernsthaft besorgt über den Konflikt zwischen der Stadt Uster und der Musikschule Uster Greifensee.** Die von der Stadt im Leistungsauftrag angedrohte Beschaffung der Leistungen bei einem anderen Anbieter oder der Aufbau einer eigenen Musikschule um die Leistungen selbst zu erbringen, erachten wir als absurd. Diese von der Stadt öffentlich ausgesprochene Drohung ist einer einvernehmlichen Lösung wenig zuträglich.
- 3. Als ersten Schritt für eine gemeinsame Lösung** wird die Kommissionspräsidentin die beiden Parteien zu einer der nächsten Sitzungen der Kommission Bildung und Kultur einladen.

Die Sozialdemokratische Fraktion ist überzeugt, dass nur eine einvernehmliche Lösung zum Ziel führt. Sie wird sich dafür stark machen.

Reto Dettli

**Walter Meier** ergreift das Wort:

Fraktionserklärung

Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Für einmal möchte ich die Diskussion über etwas eröffnen, was uns selber betrifft.

Im Frühsommer diskutieren wir jeweils die Jahresrechnung und den Geschäftsbericht, Ende November oder anfangs Dezember das Budget. Jedesmal handeln wir 17 Geschäftsfelder ab plus die Oberstufe. Das macht 18 Berichte aus den Sachkommissionen zu maximal 10 Minuten (wie es unsere Geschäftsordnung in Art. 32 vorgibt). Es soll allerdings schon vorgekommen sein, dass gewisse Kommissionsreferate eher 15 als nur 10 Minuten gedauert haben.

18 x 10 Minuten ergibt 3 Stunden Verhandlungen; da hat die RPK noch keine Stellung genommen und Diskussionen haben auch noch keine stattgefunden. Und so kommt es, dass wir uns an einem zusätzlichen Montag zu einer Gemeinderatssitzung treffen müssen, nicht zur Freude aller.

Allerdings, und hier möchte ich einhaken, sind in mindestens der Hälfte der Geschäftsfelder keine Anträge aus den Kommissionen zu verzeichnen; die Jahresrechnung resp. das Budget war unbestritten. Wäre es in diesem Fällen nicht möglich, das Kommissionsreferat im Gemeinderat auf die 3 – 5 wichtigsten Punkte zu beschränken und das Referat in 5 statt in 15 (– Entschuldigung 10 –) Minuten abzuhandeln?

Es geht mir nicht darum, die Diskussion im Rat von vornherein zu unterbinden. Wo Diskussionsbedarf besteht, soll sie auch Platz haben. Wo aber alle nur auf das Ende des Referats warten, damit sie endlich abstimmen können, darf, soll muss (!) abgekürzt werden. Ich meine, dass die Subkommissionen in der jeweiligen Kommission ausführlich über das Gespräch mit dem Abteilungsvorsteher und dem zuständigen Stadtrat berichten sollen. Dies darf auch einmal 15 Minuten dauern. Diese Berichte sind aber für die Berichterstattung im Rat drastisch zu kürzen.

Ich schlage deshalb vor, dass sich der Rat wie folgt selbst beschränkt (ich hoffe, dass die Geschäftsleitung des Gemeinderates meine Anregung aufnimmt):

1. Kommissionsreferate zu Geschäftsbericht/Jahresrechnung und Budget dauern normalerweise maximal 5 Minuten (1 A4-Seite)
2. Sind Anträge aus den Kommissionen zu diskutieren, dauert das Kommissionsreferat maximal 10 Minuten (1 ½ - 2 A4-Seiten)
3. Den Kommissionen steht es frei, über Inhalte, die der Rat nur zur Kenntnis zu nehmen hat (Einleitung, Kennzahlen usw.), zu diskutieren. Über diese Diskussionen wird der Rat höchstens schriftlich informiert. Der Rat selber diskutiert diese Punkte nicht.

Walter Meier, Gemeinderat

## **1. Investitionen des Voranschlages 2007**

Die Zahlen der Investitionsrechnung verändern sich um die zusätzlichen vier Anträge der Primarschulpflege von total Franken 1'130'000. Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt einstimmig, die Investitionsrechnung der Politischen Gemeinde Uster mit budgetierten Nettoinvestitionen von Fr. 28'602'000 zu genehmigen.

**Rolf Graf** ergreift das Wort:

### **Investitionsbudget 2007**

Ein Investitionsbudget von über 28 Mio. CHF. Wahrlich ein mutiger Entscheid des SRs. Zu Beginn meiner politischen Laufbahn hätte ein solches Investitionsbudget ein mittleres Erdbeben ausgelöst. – Epizentrum Gemeinderatsaal.

Wir haben ja das Problem, dass in letzter Zeit nur noch ein Teil des Investitionsbudgets effektiv ausgegeben werden konnte. Und ehrlicherweise haben die von der Finanzabteilung beschlossenen Massnahmen nicht wirklich etwas genützt. Zwar wurden im Jahre 2005 intensive Gespräche mit den Abteilungen bezüglich der effektiven Umsetzbarkeit geführt, dennoch konnte auch 2006 – gemäss Hochrechnung 06 – wieder nur ein Teil der geplanten Investitionen effektiv umgesetzt werden.

Mit einem Investitionsbudget von 28 Mio. haben wir heute fast eine win win Situation. Werden tatsächlich alle 28 Mio. verbaut, so haben wir einen wesentlichen Teil des Versäumten – wohl verstanden nur einen wesentlichen Teil nicht alles – haben wir einen wesentlichen Teil des Versäumten aufgeholt. Und werden allenfalls wieder nur knapp 50% investiert, so haben wir wenigstens die Norm (ein Viertel des ordentlichen Steuerertrages) von ca. 14 Mio. ausgeschöpft und kommen nicht mehr noch zusätzlich ins Hintertreffen.

Ich finde dies eine mutige und auch richtige Strategie des SRs. Die SP Fraktion wird daher dem Investitionsbudget 07 zustimmen.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 34 : 0 Stimmen**

**die Investitionsrechnung 2007 der Politischen Gemeinde Uster mit budgetierten Nettoinvestitionen von Fr. 28'602'000 zu genehmigen.**

## 2. Festsetzung des Steuerfusses

Für die Rechnungsprüfungskommission gibt **Stefan Lehmann** das Resultat bekannt. Die RPK empfiehlt mit 4 : 4 Stimmen (Stichentscheid Präsident), den Steuerfuss um 3 % auf 95 % zu reduzieren.

**Reto Dettli** spricht namens der SP-Fraktion:

Herr Präsident, meine Damen und Herren

Wir kommen im Folgenden zur Beratung des Steuerfusses. Die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion unterstützt grundsätzlich eine nachhaltige Steuerfussenkung.

Aufgrund der vorliegenden Fakten des Budgets und der Finanzplanung kommen wir zum Schluss, dass heute noch keine nachhaltige Steuerfussenkung möglich ist und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die von der Mehrheit der RPK beantragte Steuerfussenkung basiert auf dem Prinzip der guten Hoffnung, dass ja in den letzten Jahren trotz budgetierten Defiziten nach Jahresabschluss jeweils Überschüsse resultierten. Viele Indizien weisen darauf hin, dass im jetzt vorgelegten Budget keine zusätzliche Luft bei den schwierig einzuschätzenden Faktoren Steuerkraftausgleich und Steuern Vorjahre mehr drin ist. Wir haben in den letzten Jahren, mit Ausnahme der Rechnung 2002, nie nie und nie derart hohe Werte wie jetzt budgetiert oder erreicht.
2. Die Stadt Uster lebt weiterhin von der Substanz, von Nachhaltigkeit kann keine Rede sein. Immer noch werden Jahr für Jahr Vermögenswerte von 4 Mio. Fr. jährlich verscherbelt um zusätzliche Erträge zu generieren. Dies kann man eine gewisse Zeit lang machen um grosse Investitionen zu tätigen, aber nicht um einen Finanzhaushalt nachhaltig ins Lot zu bringen.
3. Die Finanzprognosen sind mitnichten im Lot. Bis ins Jahr 2010 ist ein kumuliertes Defizit von 10 Mio. Fr. budgetiert. Mit der Steuerfussenkung wollen sie weitere 7.2 Mio. Fr. draufbuttern. Ich halte mich lieber an Fakten als an einen aus der Luft gegriffenen Glauben "es käme dann schon besser".
4. Die finanzielle Lage des Kantons ist weiterhin schlecht. Im Budget sind weitere Sparpakete des Kantons, die logischerweise auf Kosten der Gemeinden ausfallen werden, nicht berücksichtigt.
5. Dem Personal wurde in den letzten Jahren der Teuerungsausgleich nicht vollständig gewährt. Ich finde es einen überaus schlechten Stil, dass man dem Personal der Stadt den Lohn kalt reduziert um anschliessend die Steuern zu senken. In der Privatwirtschaft wäre es schlicht undenkbar, eine Lohnkürzung vorzunehmen um gleichzeitig die Dividende zu erhöhen.
6. Und zuletzt: Auch bei den im Novemberbrief gefundenen Verbesserungen des Budgets handelt es sich nicht um nachhaltige Erträge oder Kosten sondern um einmalige Verbesserungen.

Aus diesem Gründen wird die Sozialdemokratische Fraktion den Antrag des Stadtrates auf Beibehalten des Steuerfusses unterstützen.

Reto Dettli

**Simone Michel** ergreift im Namen der Grünen das Wort:

### Beibehaltung des Steuerfusses

Gleich vorweggenommen, wir Grünen sind für eine Beibehaltung des vom Stadtrat vorgesehenen Gesamtsteuerfusses von 117 % (19 % für die Oberstufengemeinde und eine von 98% für die politische Gemeinde). Dies aus folgenden Gründen:

1. Eine Reduktion des Steuerfusses bringt eine Mittelverknappung mit sich. Dies wiederum hat zur Folge, dass finanzielle Mittel durch Verscherbeln von Grund und Boden aus dem Finanzvermögen notwendig werden, um die laufende Rechnung auszugleichen. Ein Schönen der Jahresrechnung durch Landverkäufe, bis Uster kein Land mehr zu verkaufen

hat, schliesst den Grundsatz der Nachhaltigkeit komplett aus. Wir sind überzeugt, dass wir in Zukunft die Retourkutsche für dieses kurzfristige Handeln bekommen werden.

2. Wir wollen den SR in seiner vorsichtigen Haltung und Voraussicht, dass es sich lohnt, sich für Uster ökonomisch, ökologisch und sozial **nachhaltig** einzusetzen, stärken. Seine Ausführungen zur Debatte, wie wir sie am 28.11. von SR Wolfensberger gehört haben, überzeugen.
3. Wie vom Stadtrat erwähnt, stehen in den nächsten Jahren hohe Investitionen an. Gemäss Investitionsplan sind hier insbesondere zu erwähnen: die Siedlungsentwässerung, die Abwasserreinigung und Sanierungen im GF Infrastruktur und Unterhalt.

Im GF Stadtraum und Natur stehen vor allem Hochwasserschutzmassnahmen an, aber auch in den GF Primarschule, betreutes Wohnen und Sport kommt einiges auf uns zu.

Hier erwähnt sind nur die bereits abgenommenen Voranschläge für grösstenteils absolute unumstössliche musts der Investitionsplanung!!! Dazu benötigt Uster Geld.

4. Die mutwillige Verknappung der Mittel auf kantonaler Ebene bewirkt auf der Gemeindeebene Druck. Auch Uster wird das schon im 2007 zu spüren bekommen. Wir brauchen auf Gemeindeebene genügend Geld für den Vollzug
5. Um langfristig ein konkurrenzfähiger Arbeitgeber bleiben zu können, muss die Stadt fortschrittliche Arbeitsbedingungen offerieren können. Eine stagnierende oder gar tiefere Lohnsumme beim Personal verschärft den Vollzugsverzug.

Zum ersten durch wenig motiviertes Personal infolge mangelnder Wertschätzung und zweitens, weil bei Stellenbesetzungen so nicht die bestmöglichen Leute rekrutiert werden können.

6. Und schliesslich: Wo bleibt das Geld für eine Umsetzung von Massnahmen zum Klimaschutz? Wo das Geld um den allgemeinen Vollzugsnotstand im Umwelt- und Naturschutz anzugehen? Eine Steuerfussenkung wird die Antworten nicht vereinfachen und einmal mehr kurzfristigen Interessen mehr Gewicht geben als einer klaren Haltung und eines entsprechenden Handelns gemäss den Prinzipien der Nachhaltigkeit, für uns und für künftige Generationen.

Die Grünen beantragen deshalb, den Antrag der RPK abzulehnen und dem Antrag des Stadtrates auf Beibehaltung des Steuerfusses zu folgen.

Simone Michel

Für die FDP-/CVP-Fraktion spricht **Stefan Lehmann**:

Steuerfuss-Reduktion um ./ 3 %

Herr Präsident

Geschätzte Damen und Herren von links und rechts

Meine Fraktion hat bereits im Vorfeld bekanntgegeben, dass sie für eine Steuerfuss-Senkung eintreten wird. Nach allen Vorgesprächen ist die Fraktion letzten Dienstag einstimmig zum Schluss gekommen, dass sich eine Reduktion um ./ 3 % nach dem Novemberbrief des Stadtrates als finanzpolitischer Entscheid verantworten lässt. Bereits die Erhöhung auf das Jahr 2004 um 2 % war nicht von allen mitgetragen worden, nämlich von mir z.B. Wir haben also in den letzten zwei und das laufende Jahr erheblich zuviel Steuern bezahlen müssen, wenn ich unsere Finanzabschlüsse beurteile.

Zu der linken Ratsseite und zum Vorwurf der leeren Kassen muss einfach gesagt sein, dass dies nicht stimmt, wenn wir unsere finanzielle Vergangenheit anschauen.

Wir sind vom Stadtrat enttäuscht, dass er sich nicht bereits aus eigenem Antrieb für eine Reduktion eingesetzt hat, schliesslich verspricht er uns seit Jahren vergeblich einen tieferen Selbstfinanzierungsgrad, eine höhere Verschuldung und eine Abnahme des Eigenkapitals. Dies findet alles nicht statt.

Erlauben sie mir, für die Buchhalter, Steuerexperten und Finanzfachleute aber eigentlich für alle einige Fakten auf den Tisch zu legen:

Budget/Ist-Vergleiche in den letzten Jahren:

2004-Abweichung + CHF 3,5 Mio. gegenüber Budget

2005-Abweichung + CHF 10 Mio. gegenüber Budget

2006-Abweichung + CHF 6,2 Mio. gegenüber Budget

-> Dank den Ueberschüssen konnte die Verschuldung der Stadt bis auf CHF 50 Mio. zurückgeführt werden.

-> Damit verbunden ist unser Eigenkapital von > CHF 100 Mio. weshalb uns die Ratingagenturen mit TOP einstufen.

Weshalb ist die Realität immer so weit weg von der Planung? Fakt ist, dass unser der Stadtrat seit Jahren Investitionsvorhaben zur Kenntnis bringt, die er dann nicht ausführen kann. Politische und rechtliche Hürden verunmöglichen ein fristgerechtes Umsetzen und die damit verbundenen finanziellen Folgen.

Z.B. 2005 wurden von CHF 16 Mio. budgetierten Mitteln lediglich CHF 7,2 Mio. realisiert

Z.B. 2006 wird von CHF 18,5 Mio. lediglich CHF 11,8 Mio. realisiert

Weil wir aber in der Vergangenheit jedes Jahr zusätzliche Abschreibungen von insgesamt mehreren Millionen Franken mit dem Argument von zukünftig hohen Investitionen vorgenommen haben, brachte die Finanzabteilung unsere Schulden deutlich zurück. Vor 10 Jahren betragen unsere Schulden > CHF 100 Mio.

Die FDP/CVP-Fraktion ist der Meinung, dass sich deshalb eine Reduktion von 3 % verantworten lässt. Meine Damen und Herren, jetzt kehren wir den Spiess um. Solange unsere Finanzen derart stark sind, dass die Verschuldung nicht über CHF 60 Mio. ansteigen und das Eigenkapital < 100 Mio. sinkt, halten wir an einem Steuerfuss von 95 % zur Festigung eines Standortvorteiles fest.

**Rolf Graf** spricht namens der SP-Fraktion:

Steuerfussdebatte

Sie beantragen eine Steuerfussenkung von 3% und entziehen damit der Stadt Uster 1 Million 806 Tausend Franken. Sie glauben damit der Bevölkerung einen Dienst zu erweisen. Haben Sie denn schon ausgerechnet, wie viel die Steuerfussenkung bei Ihrer Steuerrechnung ausmachen wird? Rechnen wir doch noch rasch, was es für den Grossteil der Ustermer Bevölkerung ausmachen wird:

Bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 45'000 macht eine dreiprozentige Steuerfussenkung gerade einmal 37 Franken im Jahr aus. Also nicht einmal einen Kaffee im Monat liegt zusätzlich drin. Und raten Sie einmal wie viele Ustermer Steuerzahlende ein Steuerbares Einkommen von 45'000 und weniger versteuern? ..... Die Hälfte. Also 50%.

Weiter 25% versteuern ein steuerbares Einkommen zwischen 45'000 und 70'000. bei diesen reduziert sich die Steuerrechnung um maximal 86 Franken.

Mehr als dreiviertel der Ustermer Steuerzahlenden werden also von der Steuerfussenkung gar nichts merken, denn sind sie ehrlich. Wissen Sie wie viel Steuern sie letztes Jahr bezahlt haben? ... Sie wissen den Tausender.. allenfalls wissen sie noch den Hunderter... aber ob es hinten 80 oder 10 geheissen hat, das wissen sie nicht mehr und auch die übrigen Steuerzahlenden wissen es nicht mehr.

Sie entziehen also der Stadt Uster 1 Million 860 Tausend Franken, von denen nur eine kleine Minderheit im eigenen Portemonnaie wirklich etwas merken werden. Alle – auch die Grossen Steuerzahlende - werden es jedoch spüren, wenn Sie dem Stadtrat jeglichen finanziellen Spielraum entziehen. Ohne diesen kann er nämlich die Stadt nicht mehr wirklich vorwärts bringen, sondern nur noch verwalten. Und fürs verwalten brauchen wir beim besten Willen keinen Stadtrat mehr, denn die Stadt verwalten können die meisten AbteilungsleiterInnen alleine.

Darum überdenken Sie Ihren Entschluss nochmals, verzichten Sie auf eine Steuerfussenkung und machen Sie etwas, da der die ganze Stadt Uster etwas nützt.

**Benno Scherrer** ergreift das Wort:

Stellungnahme der Grünliberalen Stadt Uster zum Voranschlag 2007

Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen

Die Grünliberalen Stadt Uster erachten es im Sinne einer nachhaltigen, kontinuierlichen und verlässlichen Finanzpolitik als richtig, dem Vorschlag des (bürgerlichen) Stadtrates zu folgen und den Steuerfuss unverändert bei 98 % zu belassen.

Auch wenn die Zahlen für den Voranschlag 2007 nach dem Novemberbrief noch etwas vorteilhafter aussehen, ist es nicht angezeigt, jetzt den Steuerfuss zu senken.

Genau so wenig sinnvoll ist es jetzt aber zu sagen „Juhu“ – wir haben etwas mehr Geld – also sofort weg damit...

Eine Steuerfussreduktion zum jetzigen Zeitpunkt wird längerfristig zu einer höheren Fremdverschuldung führen und schliesslich zu einer grösseren Zinsbelastung.

Ich habe vor einer Woche und heute abend keine durchdachten Kürzungsanträge gehört, die eine Reduktion der Einnahmen um 3% rechtfertigen würden – dazu müsste klargestellt werden, welche Leistungen gekürzt werden sollen und dafür gibt es die Kommissionen und Subkommissionen, die bei ihren Besprechungen mit der Verwaltung die Ziele überprüfen – und ändern können.

Wir fragen uns schon, ob die bürgerlichen Parteien ihren Stadträten nicht trauen...und ihnen Mittel vorenthalten wollen, die ihre Kolleginnen und Kollegen als notwendig erachten.

Sie haben es in der Hand durch wenig spektakuläre Kleinarbeit die laufenden Ausgaben tief zu halten und mit Investitionsvorhaben in den Rat zu kommen, die langfristig allen zu gute kommen. Wir sind bereit, die Ausgaben der Stadt Uster zu hinterfragen und Leistungen zu optimieren.

Ganz in unserem Sinn von nachhaltiger Finanzpolitik hat SR Wolfensberger gesprochen. Die Rechnung sieht kurzfristig durchaus positiv aus. Dies liegt jedoch daran, dass Abschreibungen wegen aufgeschobenen Investitionen noch ausblieben und zusätzliche Liegenschaftsverkäufe einmalige Mehreinnahmen brachten. Zudem bleiben viele unsichere Faktoren, die die Stadt Uster nicht beeinflussen kann.

Wir können nicht immer mit einem höheren Gewinnanteil ZKB, einem hohen Steuerkraftausgleich und einem tieferen Beitrag an den ZVV rechnen.

Wir müssen selber handeln.

Wir müssen im Spannungsfeld von zur Verfügung stehenden Geldern (Einnahmen), hoher Attraktivität als Gemeinde mit guter Infrastruktur (Investitionen – und da kommt viel auf uns zu) und wenig

Schulden (Zinslast) vorteilhafte Lösungen anstreben – nicht nur für uns, nicht nur für dieses Jahr, sondern mittel- und langfristig.

- Wenn jetzt also der Steuerfuss gesenkt werden soll, dann ändert das nichts an den Aufgaben – denen wir ja zugestimmt haben – und die etwas kosten.
- Wenn jetzt also der Steuerfuss gesenkt werden soll, dann heisst das einfach, dass wir uns vom kurzfristig relativ positiven Resultat blenden lassen.

Die Anträge zur Steuerfussenkung müssen wir dieses Jahr ablehnen, da damit ohne Not eine Neuverschuldung vorgesehen wäre. Sollte die Rechnung 07 wesentlich besser als budgetiert abschliessen oder es nächstes Jahr gelingen Ausgabenkürzungen vorzunehmen, fassen wir Steuerfussenkungen wieder ins Auge.  
Heute werden wir dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

**Walter Meier** ergreift für die EVP-/GLP-Fraktion das Wort:

Sehr geehrter Präsident  
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Die bürgerliche Mehrheit im Rat will den Steuerfuss für das Jahr 2007 auf 95 % festlegen. Mich als Steuerzahler freuts. Mich als Politiker weniger. Gründe?

1. Hätte Herr Kuoni (oder der Stadtrat?) nach kantonalen Vorgaben budgetiert, hätte er beim Steuerkraftausgleich 5.5 Mio. weniger einsetzen müssen. Das heisst, wir würden nicht über ein Defizit von 2.4 Mio. reden, sondern über ein Defizit von 8 Mio. Ob dann ein Steuerfuss von 95 % immer noch zur Debatte stehen würde, wage ich zu bezweifeln. In den letzten 6 Jahren gab es beim Steuerkraftausgleich nur gerade einmal eine „Ziellandung“ von unter 1 Mio.
  - Im Jahr 2001 war man vorsichtig; dann gab es 3.5 Mio. mehr;
  - auch die etwas weniger vorsichtige Budgetierung fürs 2002 wurde mit rund 3.6 Mio. plus belohnt;
  - fürs Jahr 2003 war man dann grosszügig und bekam 7.2 Mio. weniger;
  - nicht ganz so schlimm war es im 2004 als man wesentlich vorsichtiger budgetierte und trotzdem 4 Mio weniger bekam.
  - Die ganz vorsichtige Budgetierung im 2005 wurde dann wieder mit einem Plus von fast 3 Mio. „belohnt“.
  - Im Jahr 2006 dann eine Ziellandung, es gab rund 700'000 mehr als die budgetierten 9,6 Mio.
  - **Fürs 2007 sind jetzt 12 Mio. budgetiert. Da bleibt vor allem Spiel gegen unten.**
2. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, den Steuerfuss auf 98 % festzulegen. Der Stadtrat hat eine Mehrheit von SVP- und FDP-Politikern. Wenn nun die SVP- und FDP-Politiker im Gemeinderat den Steuerfuss um 3 % senken, dann kommt das einer 1.8 Mio.-Ohrfeige für die eigenen Politiker gleich. Da bin ich gerne in der EVP.
3. Es steht ein Investitionsberg von über 100 Mio. in den nächsten 4 Jahren an, fürs nächste Jahr sind rund 28 Mio. budgetiert. Gemeinderat Werner Egli hat an einer der letzten Steuerfussdebatten ein Steuerrad mitgenommen. Ich möchte das Bild vom Autofahren aufnehmen. Wie weit man mit einem Auto kommt, hängt unter anderem davon ab, wie viel Benzin im Tank ist und welche Last man transportieren muss. Bildlich gesprochen erhöhen wir mit den Investitionen die Last, gleichzeitig reduziert die SVP und die FDP mit der Steuerfussenkung das Benzin im Tank. Wer in der Primarschule eine solche Geschichte liest, geht davon aus, dass es sich um einen Schildbürgerstreich handelt.

Die EVP/GLP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates, den Steuerfuss auf 98 % anzusetzen, zustimmen.

**Rolf Denzler** ergreift namens der SVP-/EDU-Fraktion das Wort:

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt den Antrag der RPK für eine Senkung des Steuerfusses um 3 %.

Die Stadt Uster weist eine gesunde Finanzanlage aus. Das Eigenkapital präsentiert sich mit rund CHF 100 Mio. komfortabel und für die kommenden Jahre stabil. Gemäss Stadtrat ist die Stadt Uster finanziell gesehen sogar kerngesund.

Die Rechnungsabschlüsse der letzten Jahre fielen sehr positiv aus. Ebenso wird die Rechnung des laufenden Jahres (2006) gemäss Hochrechnung ebenfalls in Höhe von mehreren Millionen positiv abschliessen.

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Prognosen kann weiterhin mit hohen Steuererträgen gerechnet werden. Das Wachstum der Schweizer Wirtschaft weist gemäss Einschätzung der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) vom Oktober 2006 einen Aufwärtstrend auf.

Die Abschlüsse der letzten Jahre und die Hochrechnung zeigen, dass einerseits die 2 %-ige Steuerfusserhöhung wegen des Wegfalls der Handänderungssteuer aus dem Jahre 2004 rückgängig gemacht werden können und andererseits weiteres Senkungspotential vorhanden ist. Es wurden in den vergangenen 3 Jahren finanzielle Mittel generiert, die zur überaus grossen Liquidität bei der Stadt geführt haben.

Der Steuerfuss hat psychologische Breitenwirkung. Für die Bürger und Einwohner dieser Stadt ist es nicht unbedeutend, wie tief sie in die Geldbörse greifen müssen. Auch für Unternehmen und einkommensstarke Private ist die Steuerquote ein massgebendes und schlussendlich entscheidendes Kriterium für die Wahl des Standortes Uster bzw. für Entscheid einer Abwanderung.

Bei der Steuerprozentfrage geht es nicht um die Wenigversteuernden und sozial Schwachen, sondern um den vielsteuernden Mittelstand (die übrigens durchaus sozial eingestellt und weltoffen sind), die von einer Steuersenkung von 3 % profitieren können.

In Bezug auf die Steuern muss Uster in Konkurrenz zu den umliegenden Gemeinden einigermaßen attraktiv bleiben. Die Nachbargemeinde Volketswil senkt ebenfalls ihre Steuern.

Trotz dieser Steuerfussenkung wird das finanzpolitische Ziel des Stadtrates, einen Gesamtsteuerfuss leicht über dem kantonalen Mittel, eingehalten.

Mit einer moderaten Fiskalität erhalten bzw. fördern wir die Wirtschaftsdynamik in Uster. Wir fördern damit auch die Attraktivität für umzugswillige und kaufkraftstarke natürliche und wertschöpfungsstarke juristische Personen.

Die SVP/EDU-Fraktion unterstützt die Steuerfussreduktion von 3 % gemäss Antrag RPK.

4.12.2006  
SVP-Fraktion  
Rolf Denzler, Fraktionschef

**Stefan Feldmann** führt aus, dass Steuerfussdebatten auch Glaubensbekenntnisse sind. Er dementiert die Annahme, dass tiefere Steuern eine höhere Standortattraktivität zur Folge haben und gibt dazu einige Rechenbeispiele ab.

**Werner Egli** ergreift namens der SVP-/EDU-Fraktion das Wort.

In seinen Ausführungen zum Budget 2005 schrieb der Stadtrat im Herbst 2004, dass er aufgrund der Signale des Gemeinderates die Lancierung des Projektes „Leistungsüberprüfung“ zugestimmt habe. Es

wurden dann in der Folge rund 120 Vorschläge eingereicht. Das maximale Einsparungspotenzial aller Vorschläge wurde damals mit 3 Mio. Franken bezeichnet. Im weiteren schrieb der Stadtrat Ende 2004, dass weitere Massnahmen zeitlich „in absehbarer Zeit unumgänglich seien, um den Finanzhaushalt der Stadt Uster langfristig ausgeglichen zu gestalten.“

Trotz dieser Aussagen stieg der Aufwand von 2004 auf 2005 um 5 Mio. auf neu Fr. 170 Mio. Franken. In der Hochrechnung 2006 sind es bereits 175 Mio. Franken und im Budget 2007 werden uns nun 193 Mio. Franken präsentiert. Meine Damen und Herren – wenn auch der Budgetprozess 07 von der Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung geprägt ist, ein derartiges Ausgabenwachstum widerspricht den noch vor zwei Jahren gemachten Aussagen des Stadtrates in krasser Weise.

Wenn wir nun betrachten, dass diese Mehrausgaben hauptsächlich in die Bereiche Personalaufwand und Betriebs- und Defizitbeiträge geflossen sind und der Sachaufwand dieser Stadt stiefmütterlich behandelt worden ist, dann stellen sich bei mir die noch vorhandenen Nackenhaare recht böse auf. Statt den Aufwand weiter aufzublähen, hätte man gescheiter die damalige Leistungsüberprüfung nochmals aus der Schublade geholt (dort liegt sie vermutlich nämlich) und sich an die gemachten Aussagen von 2004 resp. 2005 erinnert.

Wir sehen es nun auch deutlich in der Bestandesrechnung: Die Überschüsse werden oder wurden nicht oder nur teilweise für den Abbau des Fremdkapitals verwendet. Obwohl 2004 und 2005 Überschüsse von total 6,2 Mio. erwirtschaftet worden sind und zudem Abschreibungen von 16 Millionen getätigt wurden, wurde das Fremdkapital von Fr. 123,7 Mio. auf lediglich Fr. 122,9 Mio. reduziert. Wohin ist denn all das Geld geflossen? Sie sich jetzt fragen – wird fragen uns auch und wissen aber, im Gegensatz zu vielen hier im Saal, auch eine Antwort: Es liegt sogenannt „flüssig“ auf vermutlich nicht – oder ganz schlecht verzinsten Konten und wartet nun dort, dass es von irgendwelchen Budgetprozessmassnahmen in Kürze verbraucht wird. Da haben wir ja letzte Woche von linker und leider auch FDP-Kreisen entsprechende Ausgabenwünsche, ja Ausgabenforderungen ins Budget 2007 übernehmen müssen. Glücklicherweise konnten wenigstens ein, zwei Auswüchse noch knapp verhindert werden.

Diesem Vorgehen muss ein Riegel geschoben werden. Wenn immer aufs neue Ausgabensteigerungen angemeldet werden – statt nun endlich mal die Schulden gezielt abzubauen – dann bleibt leider nur eine gangbare Lösung um hier einzugreifen – das ist der Steuerfussabbau oder der Entzug der Mittel. Von sparen kann trotz dieser Massnahme keine Rede sein. Die Steigerungszahlen beim Aufwand beweisen dies ja schwarz auf weiss! Ich freue mich jedenfalls, hier eine sinnvolle Begründung von seiten der linken Ratshälfte zu hören, wieso der Aufwand von 2004 auf 2007 von Fr. 165 Mio. auf neu 193 Mio. ansteigen soll und dabei scheinbar immer noch gespart wird.

Meine Damen und Herren von der SP, EVP und gründurchmischten Gruppierungen: Wem gehören eigentlich die Schulden der Stadt Uster von 135 Mio. mit Stand 31.12.2005? Dass Sie so grosszügig mit den uns anvertrauten Geldern umgehen, lässt vermuten, dass nicht der Gemeinderat für diese Verpflichtungen haftet. Sie geben es wohl aus und der Souverän, das Volk, muss dafür haften. Haben Sie sich das eigentlich schon mal vor Augen geführt? Wissen Sie, dass wir seit 2000 beinahe Fr. 30 Mio. für die Schuldzinsen ausgegeben haben?

Wer die Zukunft, und das ist in der Investitionsplanung der nächsten Jahre deutlich ersichtlich, sichern und finanzieren will, der muss sich jetzt in guten Zeiten (wenn es auch schon bald zu spät ist) entschulden. Und deshalb setze ich mich vehement für eine Steuerfussreduktion ein um dem Volk etwas Zins oder Dividende für die erwähnten 135 Mio. Schulden zu zahlen. Schulden, welche Sie sich – meine Damen und Herren von der SP – zur Erhaltung eines sogenannten Friedens für die Dauer ihrer politischen Zeit erkaufte haben. Dabei muss ich leider attestieren, dass Sie das ja nur machen konnten, weil Sie bisher immer noch ein paar Mitspieler aus unseren Reihen gefunden hatten. Das soll sich nun aber ändern.

**Balthasar Thalmann** führt aus, dass ihn die Rechnung von Werner Egli befremdet, denn er klammert die Zinsen für die Aktiven gänzlich aus. Er hält eine Entscheidung, den Steuerfuss um 3 % zu reduzieren, für verantwortungslos. Niemand kann nämlich prognostizieren, wie das Jahr 2007

herauskommt. Auch ist fraglich, wie viele Personen effektiv durch einen niedrigeren Steuerfuss nach Uster zuziehen. Es passt für ihn auch nicht zusammen, vorgängig alle Geschäftsfelder ohne Kürzungen zu genehmigen und dann ein Druckmittel in Form einer Steuerfussreduktion aufzusetzen.

**Christian Wüthrich** ergreift das Wort und führt aus, dass es ihm „stinkt“ über nachhaltige Politik zu reden, wenn die bürgerliche Seite sogar ihren eigenen Stadtrat im Regen stehen lässt. Vergangene Woche wurde Geschäftsfeld für Geschäftsfeld durchdiskutiert. Die Villa am Aabach wurde beerdigt, im Bereich Liegenschaften wird das Tafelsilber verkauft, im Bereich Schulsozialarbeit wird 2008 mehr Geld benötigt, im Bereich Sicherheit würde mehr Personal benötigt, aber auch hier kein Geld, im Bereich soziale Sicherheit lässt der neue Finanzausgleich grüssen und nicht zuletzt im Bereich Sport, Uster will eine Sportstadt sein, zeigt sich aber wenig innovativ. Das soll heissen, vernünftige Politik zu betreiben.

**Paul Gantenbein** stellt einen

Ordnungsantrag: Da die Meinungen gemacht sind, soll die Steuerfussdebatte beendet werden und zur Abstimmung geschritten werden.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat stimmt dem Ordnungsantrag mit 18 : 15 Stimmen zu.**

**Stefan Feldmann** interveniert und verweist auf Art. 28 der Geschäftsordnung, wonach eine 2/3-Mehrheit benötigt wird, um eine Diskussion abzubrechen.

Die Diskussion wird weitergeführt.

**Reto Dettli** bedauert es, dass die rechte Seite ihre Dogmen durchdrücken wollen. Er verweist auf eine Aussage von Stefan Lehmann, wonach zu viele Steuern bezahlt wurden in den letzten Jahren. Das trifft nicht zu mit dem Hinweis auf den interkantonalen Steuerkraftausgleich. Er vertritt die Meinung, dass es der Stadtrat verpasst hätte, in der schlechten Wirtschaftslage die Investitionsphase durchzudrücken. Jetzt, wo die Konjunktur anzieht, muss investiert werden und dort wird Geld verloren. Der Stadtrat hat die Finanzen aber im Griff, so Reto Dettli und kritisiert die Rechten, die den bequemen Weg gehen wollen, in dem sie einfach Mittel entziehen ohne zu sagen, wo Geld gespart werden soll. Wo gesetzliche Vorgaben existieren, ist nichts zu machen, also wird an Bildung und Kultur; an Lebensqualität gespart.

**Stefan Lehmann** führt aus, dass die Grünen immer von Nachhaltigkeit sprechen und bittet sie nun, die 3 %ige Steuersenkung zu unterstützen, denn genau das hat mit Nachhaltigkeit zu tun, mit finanzieller Nachhaltigkeit: Das Budget sah in den letzten Jahren immer schlechter aus, als die Jahresrechnung mit kerngesunden Finanzen dann widerlegte.

**Werner Egli** führt aus, dass es darum geht, mit dem Geld Schulden abzubauen und nicht Reserven anzuhäufen. Was wirklich Geld kostet, ist, für geplante Investitionen Geld einzustellen, was dann die Abteilungen nicht brauchen.

**Stefan Feldmann** fragt, weshalb nicht gleich 10 % oder 15 % Steuerfussreduktion? Das gäbe eine echte Signalwirkung! Aber das ist nicht möglich wegen dem Steuerkraftausgleich, denn sonst wird dieser nicht mehr gewährt. Es sieht aber ganz danach aus, dass der Steuerkraftausgleich angehoben werden wird, und dann ist Uster wieder drunter und wird wieder ausgleichen müssen. Dabei wäre eine wirtschaftliche Ausgeglichenheit wichtig über die Jahre gesehen.

**Julia Amherd** möchte weg von den Zahlen und hin zu den Menschen. Sie erinnert an den Kerngedanken der Sozialdemokratischen Partei. Sie selber als kantonale Angestellte plädiert u.a. für einen Teuerungsausgleich für alle städtischen Angestellten.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

**Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 19 : 16 Stimmen**

**Der Steuerfuss 2007 zur Deckung des Aufwandes des Politischen Gemeindegutes wird auf 95 % des einfachen Staatssteuerertrages festgesetzt.**

### **3. Laufende Rechnung 2007**

Die Rechnungsprüfungskommission empfiehlt mit 4 : 4 (Stichentscheid Präsident) der Voranschlag der Politischen Gemeinde Uster zu genehmigen.

Der Vorsitzende gibt die aufdatierten Zahlen bekannt.

Bei einer Steuerfussreduktion von 3 % sehen die Zahlen wie folgt aus:

Der Gesamtaufwand beläuft sich auf Fr. 192'473'600.-

Der Gesamtertrag beläuft sich auf Fr. 190'011'700.-

Damit resultiert ein Aufwandüberschuss von Fr. 2'461'900.-

**Reto Dettli** ergreift namens der SP-Fraktion das Wort und vermeldet, dass diese dem Budget unter diesen Umständen nicht zustimmen kann und es ablehnen werden.

### **Abstimmung**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 22 : 13 Stimmen**

**Der Voranschlag 2007 der Politischen Gemeinde Uster wird genehmigt.**

#### **4 Antrag des Stadtrates betreffend Bewilligung eines Kredites für die Deckung des zusätzlichen Platzbedarfes der Stadtverwaltung (Antrag Nr. 50)**

Für die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Stefan Feldmann**.

Herr Präsident  
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Der Stadtrat beantragt mit dem vorliegenden Antrag die Bewilligung eines Kredites für die Deckung des zusätzlichen Platzbedarfs der Stadtverwaltung. Der Kredit besteht aus einem einmaligen Kredit in der Höhe von 577'000 Franken sowie einem jährlich wiederkehrenden in der Höhe von 112'480 Franken für die Zumietung der notwendigen Räumlichkeiten. Die vorberatende Kommission Öffentliche Dienste & Sicherheit beantragt dem Gemeinderat einstimmig den Kredit zur Genehmigung.

Um was geht es? Wir alle wissen, die Stadt Uster hat in den vergangenen Jahren ein kräftiges Wachstum erlebt: Innert 10 Jahren ist die Bevölkerung um fast 5'000 Personen gewachsen. Das Bevölkerungswachstum bringt es auch mit sich, dass die Stadtverwaltung mehr Personal benötigt, um ihre Dienstleistungen für eine grössere Bevölkerung erbringen zu können. Es kommt hinzu, dass die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren zusätzliche Aufgaben übernommen hat, teilweise auch für andere Gemeinden. Stichworte hier: Zivilstandesamt oder gemeindepolizeiliche Aufgaben in Greifensee.

Im Stadthaus sind aktuell alle Büroräumlichkeiten belegt, teilweise sogar überbelegt. Mit Optimierungen ist man dem Problem des knappen Büroraums bislang einigermaßen Herr geworden, doch jetzt hat man einen Punkt erreicht, wo dies nicht mehr möglich ist. Die Stadtverwaltung ist auf zusätzlichen Büroraum angewiesen.

Seitens des Stadtrates wurden deshalb verschiedene Optionen geprüft, wie dieser zusätzliche Platzbedarf gedeckt werden könnte. Das Augenmerk richtete sich naturgemäss zuerst einmal auf freie oder freiwerdende stadteneigene Liegenschaften. Die in Frage kommenden Räumlichkeiten erwiesen sich aber alle als wenig geeignet, entweder weil die Büroflächen zu klein waren oder aber weil sie durch attraktivere Fremdvermietungen belegt werden konnten.

Aus diesen Gründen wurde die Suche auch auf geeignete andere Liegenschaften ausgedehnt, fündig wurde man am Gotthardweg 1, wo zurzeit ein Neubau erstellt wird. Das Gebäude liegt in unmittelbarer Nähe zum Stadthaus und ab Anfang 2007 können hier der Stadtverwaltung auf zwei Geschossen rund 392m<sup>2</sup> zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der Nähe zum Stadthaus hat sich der Stadtrat für diese Lösung entschieden und beantragt dem Gemeinderat einen Kredit zur Miete dieser Räumlichkeiten.

Wer zieht nun in die neuen Räumlichkeiten um? Dafür wurde die Belegung des Stadthauses genau analysiert. Einzelne Abteilungen eignen sich nicht für einen Umzug, weil sie entweder standortgebunden sind – denken wir an die Stadtpolizei, die an ihrem Standort über Garderoben, Duschen, Garagen und Hundzwinger verfügen muss –, weil sie über einen grossen Publikumsverkehr verfügen – denken wir an das Zivilstandesamt – oder aber weil sie – wie beispielsweise die Abteilung Soziales – schlicht zu gross sind, um in die neue Liegenschaft ziehen zu können.

Nach dieser eingehenden Analyse hat sich der Stadtrat deshalb dafür entschieden, dass das Geschäftsfeld Steuerung und Führung sowie die Abteilung Präsidiales an den neuen Standort verlegt werden. Zusammen mit Stadtpräsident und dem Stadtschreiber zieht gewissermassen auch der Gesamtstadtrat um, wird doch auch das Sitzungszimmer des Stadtrates an den neuen Standort verlegt.

Ein paar Worte zu den beantragten Kreditbeträgen: Der einmalige Kredit von 577'000 Franken setzt sich aus dem Innenausbau, die Installation der notwendigen Informatik- und Telefonie-Infrastruktur,

dem zusätzlichen Mobiliar sowie den Umzugskosten zusammen. Der jährlich wiederkehrende Kredit von 112'480 Franken umfasst die Mietkosten für die neuen Räumlichkeiten. Nicht eingerechnet sind die betrieblichen und personellen Folgekosten beispielsweise für die Reinigung. Bei diesen handelt es sich gemäss kantonalem Kreisschreiben um gebundene Ausgaben, was ja auch einsichtig ist, denn wer Räumlichkeiten mietet, muss sie ja am Ende auch reinigen.

Damit bin ich bereits bei der Berichterstattung über die Diskussion in der vorberatenden Kommission: Neben besagtem Punkt wurden vor allem zwei Punkte diskutiert. Zum einen ging es um mögliche psychologische Nachteile, dass inskünftig Stadtpräsident und Stadtschreiber ihren Arbeitsort nicht mehr am «Hauptsitz» unserer Stadt haben. Die Kommission teilt die Ansicht des Stadtrates, dass diesem Nachteil zwar eine gewisse psychologische Bedeutung beizumessen ist. Aber es ist ja nicht so, dass der Stadtpräsident inskünftig irgendwo im «Gjät» residiert oder der Stadtschreiber die Gesamtverwaltung nicht mehr führen kann, weil er von ihr abgenabelt ist. Stadtpräsident und Stadtschreiber haben ihren Arbeitsplatz ab nächstem Jahr nur auf der anderen Seite der Strasse. In Anlehnung an das «Bundeshaus West» in Bern könnte man darum in unserem Fall eigentlich schon fast vom «Stadthaus Nord» reden.

Ebenfalls gefragt wurde, wie der Stadtrat die längerfristige Raumplanung sieht. Es ist ganz klar, dass mit dem neuen Standort im «Stadthaus Nord» nur der mittelfristige Platzbedarf gedeckt werden kann. Auf längere Sicht muss mit einer weiteren Zunahme des Bürobedarfs gerechnet werden, zudem mag die jetzige Aufteilung der Stadtverwaltung auf 10 Standorte nicht befriedigen. Der Stadtrat will deshalb ein Konzept ausarbeiten, welches hier eine langfristige Lösung aufzeigt, möglichst auch mit einer Konzentration an weniger Standorten. Ob es sich dabei am Ende um eine Erweiterung des Stadthauses handelt oder um eine gänzlich andere Lösung, darüber kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussage getroffen werden.

Wie eingangs erwähnt, beantragt Ihnen die einstimmige KÖS den vorliegenden Antrag zu genehmigen.

Besten Dank!

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Martin Gasser**.

Sehr geehrter Präsident,

sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,

Die RPK musste sich zu diesem Antrag nur drei Fragen stellen.

1. Ist der zusätzliche Bürobedarf notwendig?
2. Ist der Standort vertretbar?
3. Ist das Ganze auch finanzierbar?

Über die Notwendigkeit der Erweiterung des Platzangebotes waren wir uns einig.

Fragen gab es zum Standort Gotthardweg 1, da man auch noch eigene Liegenschaften besitzt, trotzdem überzeugte uns die Nähe zum Stadthaus.

Nicht gut fanden wir, dass ausgerechnet die Führung das Stadthaus verlassen sollte, umso mehr da die Kriteriumstabelle des Antrages für die Abteilung Finanzen spricht.

Den Bedarf eines Schalters und die höheren Kosten liessen uns dann aber umstimmen.

Auch die Kosten von Fr. 260/m<sup>2</sup> wurden als relativ hoch aber vertretbar betrachtet. Da im Stadthof an der Zürichstrasse ein Mietvertrag mit der TA-Media mit einem Preis von Fr. 250.-/m<sup>2</sup> mittelfristig abgeschlossen werden konnte und somit Geld für jenes Objekt eingeht, lässt sich diese Drittmiete aus finanzpolitischer Sicht verantworten.

So stellt sich die RPK mit 8:0 zur Annahme des Antrages vom Stadtrat.

Für die SVP-/CDU-Fraktion referiert **Ruedi Gysi**:

Die Platzverhältnisse im Stadthaus sind eng und werden immer enger. Aus diesem Grund ist es unumgänglich, dass ein Teil der Verwaltung ausgelagert wird.

Im Neubau der Helvetia/Patria am Gotthardweg 1 bietet sich nun die Gelegenheit Büroräume anzumieten.

Die Auslagerung gestaltet sich jedoch problematisch, da Abteilungen mit überschneidendem Publikumsverkehr im Stadthaus bleiben sollten.

Mit dem Entscheid, die Abteilung Präsidiales auszulagern konnte wohl das Optimum erreicht werden.

Es stellt sich nun für mich die Frage, ob das Schiff „Stadthaus“ noch manövrierbar ist, wenn Kapitän und Steuermann nicht mehr direkt an Bord sind.

Ich denke, dass das aber auch mit Fernbedienung möglich ist.

Die SVP/EDU Fraktion stimmte dem Antrag zu.

Ruedi Gysi

Für die SP-Fraktion ergreift **Patricia Bernet** das Wort:

Geschätzte Damen und Herren

Die SP Fraktion wird den Antrag teilweise unterstützen.

- Wir sind mittelfristig für die Lösung zur Behebung der Raumprobleme und der Zusammenführung der verschiedenen Standorte.
- Kurzfristig – also jetzt – sind wir für bessere Arbeitsplatz-Bedingungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Platzbedarf hat sich in den vergangenen Jahren vergrössert, wie es in dem vorliegenden Antrag auch ausgewiesen ist. In Zukunft werden ausserdem weitere Aufgaben hinzukommen: Aus Spargründen wird der Bund Aufgaben an die Kantone delegieren und aus Spargründen wird der Kanton Zürich Aufgaben an die Gemeinden, also auch an Uster delegieren. Für uns bedeuten diese Sparrunden zusätzliche Kosten und wohl noch mehr Raumbedarf.

Der vorliegende Antrag überzeugt einen Teil von uns nicht:

1. Es zügelt die falsche Abteilung.
2. Die Auswirkung, dass der Stadtpräsident und der Stadtschreiber nicht mehr im Stadthaus ihr Büro haben, darf nicht unterschätzt werden.
3. Die Lösung ist kurzfristig und provisorisch.

Zu Punkt 1. Die Übersicht auf Seite 6 zeigt folgendes:

Die Kosten sind nicht entscheidend, denn für zwei Bereiche („Soziales“ und „Liegenschaften und Gesundheit“) sind die Kosten nicht einmal berechnet worden.

Wenn man nun die positiven und negativen Daumen zählt, so kommt man bei den Finanzen zum besten Resultat: 5 positive, 1 negativer, 2 neutrale Daumen. Die Abteilung Führung erhält jedoch 2 negative Daumen für die negative Auswirkung der Auslagerung Stadtpräsident/ Stadtschreiber. Wir meinen, dass die Abteilung Finanzen zügeln müsste.

Zu Punkt 2:

Sind wir ehrlich: 2 Fussminuten über die Strasse ist keine Distanz. Aber sind wir ehrlich: Wer geht zum Kaffee 2 Fussminuten über die Strasse, wenn er es näher haben kann? Wir möchten nicht, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadthaus bei einer Begegnung mit Herrn Bornhauser oder Herrn Baumberger sagen: „Wer ist denn das?“, aber auch nicht schön, „Schön, dass Sie wieder bei uns vorbeischauen.“ Die Präsenz der Führungskräfte darf nicht unterschätzt werden.

Zu Punkt 3:

Wir möchten mittelfristig eine optimale und definitive Lösung zur Behebung der Platzprobleme. Die vorliegende Lösung kann nur ein Provisorium sein und das soll es auch bleiben.

Wohin soll gezügelt werden? Die offensichtlichste Möglichkeit ist die Erweiterung des Stadthauses. So wie sie ursprünglich von Giacometti auch geplant wurde.

Eine andere Möglichkeit, wäre ein Neubau an der Braschlergasse. Die Stadt hat sich hier ja im Richtplan einen Werkeintrag gesichert.

Einen zehnjährigen Mietvertrag abzuschliessen, ist unter diesen Vorzeichen, die oberste Grenze.

SP Fraktion stimmt dem Antrag teilweise zu. Wir bitten den Stadtrat nochmals zu prüfen, welche Abteilung in die Liegenschaft Gotthardweg zügeln soll. Und – wir plädieren für eine langfristige Lösung der Platzprobleme durch eine Stadthausenerweiterung

Namens der SP-Fraktion stellt Patricia Bernet einen

Abänderungsantrag: Der Kredit sei um Franken 70'000 auf Franken 647'000 zu erhöhen.

**Thomas Wüthrich** sagt namens der Grünen grundsätzlich „ja“ zum stadträtlichen Antrag. Er sieht nicht so ein Problem wenn der Stadtpräsident nicht im Stadthaus sitzt. Dies sei eher eine Stillfrage der Führung, dass man trotz Auszug weiss, was im Stadthaus selber läuft. Es ist im Moment kostengünstig und eine gute Lösung.

**René Biber** spricht sich namens der FDP-/CVP-Fraktion für den stadträtlichen Antrag aus und lehnt gleichzeitig den von der SP eingebrachten Abänderungsantrag ab. Die Verwaltung weiss am Besten, was sie bracht, so René Biber, es handelt sich hier um einen transparenten Antrag.

**Marc Meyer** ergreift das Wort:

Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Erlauben Sie mir einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Geschäft.

Wenn wir jetzt dann diesen Saal verlassen haben und anschliessend unsere Skis und Snowboards aus dem Keller holen, werden im Stadthaus die Zügelkisten gepackt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geschäftsfeldes Steuerung und Führung, der Kulturbeauftragte, der Stadtschreiber, der Stadtpräsident nehmen ihre Akten unter den Arm und verlassen in corpore das Stadthaus. Einer hinter dem anderen. Sehen Sie dieses Bild auch vor sich?

Eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung hat es so gesagt: Das Herz der Stadt verlässt das Stadthaus, was zurückbleibt ist eine Kunstinstallation mit dem sinnigen Titel „Das Herz“. Statt Herz könnte man wohl auch Seele sagen.

Meine Damen und Herren, diese Umzugs-idee ist kein Schildbürgerstreich, sondern ein Fanal.

Ich weiss nicht, aus was für Gründen Sie sich entschieden haben, hier zu sitzen. Ich habe mich dafür entschieden, weil ich die Politik für eine wunderbare Erfindung halte. Da kommen Leute zusammen

um gemeinsam, im offenen Dialog, Lösungen für unser Gemeinwohl zu finden. Und im speziellen wir hier in der Schweiz haben dieses System zu einer erstaunlichen Reife entwickelt. Nur ein Beispiel: wo sonst auf der Welt haben die Gemeinden die Möglichkeit, das Recht Steuern zu erheben? Den Steuerfuss jährlich neu festzulegen und auch noch darüber zu entscheiden, was mit dem vielen Geld geschehen soll?

Diesem System – dem politischen System – gilt es Sorge zu tragen. Wir alle hier wissen es. Die Wertschätzung, die unserer Arbeit entgegengebracht wird, schwindet. Politik ist überflüssig, behindert nur die wirtschaftliche Entwicklung und kostet erst noch viel zu viel. Ein Grossteil der Bevölkerung hat sich aus der Politik und damit auch aus der Mitverantwortung für unsere Gesellschaft, verabschiedet. Und wissen Sie wieso? Weil auch wir nicht mehr an die Kraft der Politik glauben. Sonst käme wohl niemand im ernst auf die Idee, dass der Stadtrat auch in der Dependance regieren kann.

Liebe Kolleginnen, das politische System funktioniert anders als die Wirtschaft. Es hat andere Instrumente, andere Programme, andere Codes und andere Zeichen. Seit seiner Erfindung orientiert sich die Politik an Symbolen, Ritualen und auch an Lokalitäten. Denken Sie nur an das Rütli, an das Bundeshaus oder an den Reichstag in Berlin.

Bruno Giacometti hat 1962 das Kunststück fertig gebracht, der Politik in Uster einen Ort, ein Gebäude zu schenken, das ein perfektes Abbild unserer Demokratie ist: Offen, transparent, horizontal, aber gleichzeitig auch repräsentativ. Hier wurde ein Zeichen gesetzt, das von allen verstanden wird. Seine Botschaft lautet. Politik ist wichtig.

Vielleicht übertreibe ich mit meinen Bildern, kann sein. Doch als Architekturlehrer nehme ich für mich in Anspruch, etwas davon zu verstehen. Ich möchte hier nicht als Cassandra auftreten und doch mahne ich: Unterschätzen Sie die Symbolkraft dieses Auszuges nicht. Politik ist nicht nur ein Verwaltungsakt. Es geht hier nicht nur um Optimierung, um Effizienz oder gar Vernunft. Diese Stadt, unsere Stadt, wird nach diesem Auszug nicht mehr die gleiche sein. Sie wird an Ausstrahlung, an Selbstbewusstsein verlieren.

Danke

**Rolf Denzler** ergreift das Wort und führt aus, dass die SVP-/EDU-Fraktion den Antrag der SP auch nicht unterstützen werde. Auch in den Städten Winterthur und Zürich sitzt der Stadtpräsident nicht im selben Gebäude wie seine Verwaltung und es funktioniert auch. Es ist der Entscheid des Stadtrates, sein Raumproblem so zu lösen.

**Reto Dettli** stellt klar, dass seine Fraktion nicht dem Stadtrat reinreden möchte. Sie möchten einzig, dass sich der Stadtrat nochmals Gedanken macht, ob dies eine gute Lösung ist und der Entscheid soll nicht vom Geld abhängen.

**Abstimmung über den Abänderungsantrag der SP-Fraktion:**

**Der Gemeinderat beschliesst mit 11 : 22 Stimmen den Antrag abzulehnen.**

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

**Abstimmung:**

**Der Gemeinderat beschliesst**

**mit 28 : 0 Stimmen**

1. Für die zur Deckung des zusätzlichen Platzbedarfs der Stadtverwaltung anfallenden einmaligen Kosten wird ein Kredit von CHF 577'000 gesprochen.
2. Für die zur Deckung des zusätzlichen Platzbedarfs der Stadtverwaltung anfallenden jährlich wiederkehrenden Kosten für die Zumietung von Räumlichkeiten wird ein Kredit von CHF 112'480 gesprochen.
3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel für die einmaligen Kosten auf dem Darlehensweg zu beschaffen.
4. Mitteilung an den Stadtrat zum Vollzug.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 5. Februar 2007 statt.

Schluss der Sitzung

21.00 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin  
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit  
des Protokolls bezeugen

Datum

Der Präsident  
Harry Kohler

Datum

Die Stimmenzähler/innen:

Stefan Feldmann

Lennie Grob-Overdulve

Andres Kunz